

# Arbeiterstimme

**Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen**  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprechnummer 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel-Schiffelung: Dresden-Alt., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckanschlag: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Geschäftsleitung: Dienstags nachm. 3-5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neuformatierte Doppelseite oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Restzeile anschließend an den dreizehnten Teilzeitteil 1,25 RM., Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Alt., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

**2. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 3. April 1926 Nummer 78**

## Erfämpft die Landtagsauflösung!

Vom Landesvorstand Sachsen der KPD. wird uns geschrieben:

Die Befestigung der reaktionären Heldi-Regierung ist aufs engste gebunden an die Auflösung des gegenwärtigen Landtages. Die sächsische Arbeiterklasse führt einen jahrelangen Kampf um die Landtagsauflösung mit dem Ziel, den gegenwärtigen Einfluss der Bourgeoisie zu brechen und durch die Eroberung neuer Positionen die Kampfbasis des Proletariats zu verbreitern. Zwölf Anträge auf Landtagsauflösung sind im Laufe der Jahre gestellt worden. Am 25. März wurde der zwölfte Antrag auf Auflösung wiederum abgelehnt. Entscheidend für die Ablehnung des Antrages war der Verrat der 23 rechten sozialdemokratischen Führer. Diese Verräter sind immer noch Mitglieder der SPD. Der Parteivorstand in Berlin hat den von den sozialdemokratischen Arbeitern zum wiederholten Male geforderten Ausschluss dieser Hausrechtler der Reaktion nicht durchgeführt. Die 23 Arbeitervertreter haben nichts hinter sich als ihre Parlamentssessel. Nichts ist natürlicher, als daß sie jeder Forderung der Deutschnationalen nachgeben müssen. Um das Einzige, was sie noch haben — nämlich ihre Mandate — zu retten, treiben die Arbeiterinteressen strupplos in den Dreck.

Die Regierung und ihre parlamentarischen Parteien haben ihrerseits die Konsequenzen aus der Ablehnung der Landtagsauflösung gezogen. Sie alleamt haben überhaupt kein Interesse mehr an Landtagsverhandlungen. Ihre Arbeit hat die öffentliche Kritik zu scheitern. Alle reaktionären Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse werden deshalb noch mehr wie bisher unter Ausschluß der Öffentlichkeit in den Dunkelkammern des Kabinetts, der Fraktionszimmer und der Büros des ADGB ausgeübt werden. Drei Tage nach der Vertagung des Landtages hat die Regierung den Zwischenausschuß des Landtages einberufen und dort ihren Vorstoß zur Erhöhung der Mietpreise durchgeführt. In den Steuerfragen wird die Regierung noch weniger Strupf haben wie in der Frage des Mietpreises. Die sächsische Arbeiterklasse hat deshalb an der rücksichtslosen Weiterführung des Kampfes gegen die Heldi-Regierung und für die Landtagsauflösung das allergrößte Interesse. Läßt der Kampf der Arbeiter auch nur ein wenig nach, mildert sich der außerparlamentarische Druck nur um ein Geringes, dann wird diese Tatsache sofort umschlagen in eine Verschärfung des Kampfes der Bourgeoisie gegen die Arbeiter in neue Belästigungen des Proletariats. Jetzt muß es heißen: Auf einen Scheinern anderthalben. Nicht locker lassen! Das muß die Losung sein.

In der sächsischen sozialdemokratischen Presse ist der Verrat der 23 Rechten mit einem großen Aufwand an Worten und moralischer Entrüstung der Arbeiterklasse vorgebracht worden. Es ist natürlich notwendig, dieses Schurkenstück der Rechten unermüdlich zu geißeln und dafür zu sorgen, daß auch der letzte Arbeiter die Rolle der 23 begreift. Die Kritik der sozialdemokratischen Presse gegen die Rechten ist jedoch rein negativ. Vergeblich sucht man in den sozialdemokratischen Zeitungen Sachsens eine Antwort auf die Frage: Was soll nun weiter werden? Der Landtag soll „in Säuden sterben“. Also resignieren die linken sozialdemokratischen Führer. Den Kampf um die Auflösung des Landtages aufzugeben ist jedoch gleichbedeutend mit der Preisgabe des Kampfes gegen die Regierung Heldi überhaupt. Die Arbeiterklasse kann nicht warten, bis dieser Landtag stirbt. Die Arbeiter haben alle Lasten zu tragen, die ihnen von diesem Parlament aufgeschleppt werden. Sie können deshalb nicht mit den Säuden in der Tasche den „Säuden“ des sächsischen Reaktionsparlaments gelassen zu leben. Für die Arbeiter handelt es sich nicht um die bequem parlamentarische Lösung einer Parteikrise und um Mandatswahlen, sondern für die Arbeiter handelt es sich um die Wahrung proletarischer Klasseninteressen. Deshalb muß die Arbeiterklasse die Frage beantworten: Wie kommt man am schnellsten zum Ziel der Landtagsauflösung?

Bei der Beratung des Auflösungsantrages in der Landtagsfraktion vom 25. März 1926 hat der Redner der kommunistischen Fraktion bereits darauf hingewiesen, daß in Sachsen das Volksbegehren für die Frührentenabhebung in Sachsen das Volksbegehren gegen den Landtag und gegen die Heldi-Regierung geworden ist. Dasselbe Wahlergebnis, die zur Herbeiführung eines Volksentscheides auf Landtagsauflösung in Sachsen notwendig ist, hat sich bereits eingzeichnet zum Volksbegehren für die Frührentenabhebung. Bei einem geschlossenen Auftreten des sächsischen Proletariats ist es also möglich, den Landtag auf dem Wege des Volksentscheides zu beseitigen. In Sachsen haben im Jahre 1922 die bürgerlichen Parteien bereits einmal ein Volksbegehren durchgeführt. Da aber der Landtag bis Ende 1922 nicht aufgelöst ist, es zum Volksentscheid nicht gekommen ist, ist es zum Volksentscheid nicht gekommen. Anfang 1924 haben der Landesarbeitsausschuß der SPD und die sozialdemokratische Fraktionsminderheit bei der Heldi-Regierung einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens für die Landtagsauflösung gestellt. Die Heldi-Regierung ist mit einer Geißel über diesen Antrag hinweggegangen und hat dieselben dann fallen lassen. Die führenden Führer der SPD haben sich damals Herrn Heldi unterworfen und nichts getan, um die eingeleitete Aktion weiterzuführen.

## Ostern — Auferstehung!

Ostern! Auferstehungstag! Die gläubige Christenheit der ganzen Erde schwimmt in Wonne. Christus, der Auferstandene, zieht die schmerzgebeugte Menschheit empor zum Licht! Selbst die Gräber öffnen sich, die Schreden des Todes sind überwunden, alle Not hat ein Ende. Hört es, ihr Zweifelskinder alle!

Die Volkshat für ich wohl, spricht das Proletariat, allein — wo ist das Ende der Arbeitslosigkeit, des Hungertodes, der Kerkerstrafen, des Blutvergießens in allen Ländern? Uns rettet kein höheres Wesen, die Befreiung der Menschheit kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein!

Wir wollen im Diesseits das Glück genießen, am Befreiungskampf teilnehmen und sind gewiß, daß keine Macht der Erde uns an der Verwirklichung unserer sozialistischen Ziele hindern kann. Nicht im Jenseits, sondern im Diesseits errichten wir unser gelobtes Land, das Reich der Arbeit ohne Ausbeutung, wenn nicht für uns, so doch für unsere Kinder. Wir werden in ihrem Gedächtnis weiter leben, wie auch in der lebendigen Nachwirkung unserer Taten, wenn schon unser individuelles Dasein ausgelöscht ist. Was weiterlebt, kämpft, regt, ist unsere Klasse. Dieses Bewußtsein, das Klassenbewußtsein, ist unsterblich. Wozu wäre sonst der Opfertod unserer Besten gewesen?

Dieses Frage: Kann das Blut unserer Märtyrer vergeblich geflossen sein? Stellen sich auch die Christen. Weil die Gemeinde, weil die Kirche weiter lebe, selbst aus allen Verfolgungen heilreich hervorgeht, glauben die Christen an die Unsterblichkeit ihrer Seele. Sie glauben daran auch als Teilnehmer einer großen revolutionären Klassenbewegung. Da jedoch die Verwirklichung ihres erträumten sozialistischen Reiches an damals nicht vorhandene Produktionsbedingungen geknüpft war und man sich außerhande sah, eine Aenderung der Produktionsweise herbeizuführen, so wurde die Vorstellung von der besseren Zukunft nicht konsequent vom Standpunkt der kämpfenden Klasse zu Ende gedacht. Und doch rief damals der Zusammenbruch der alten, auf Sklavenwirtschaft gegründeten Gesellschaft eine gewaltige Bewegung in den unterdrückten Gesellschaftsklassen und Rationalitäten hervor, die in den Jahrhunderten von Augustus bis zur Völkerwanderung mit der ältesten Periode des Christentums parallel ging.

Das Glückseligen der gequälten, von Rom ausgelegenen Menschheit erkaufte ein Reich der Gleichheit und Brüderlichkeit, in dem alle Bestehenden sich ihrer Habe zum Besten der Allgemeinheit entäuerten. Die Christen, ihre frommen Kirchendiener an der Spitze, nannten beiderhals im 4. Jahrhundert nach Beginn der christlichen Zeitrechnung, als die revolutionäre Bewegung einen Höhepunkt erreichte, die Wohlhabenden insgesamt Räuber und Diebe; heftige Anklagen, die jedoch nur den Zweck verfolgten, Geschenke für die Kirche, für die Gemeindefasse zu erpressen.

Und die Kirche wurde alsbald unermesslich reich, namentlich, als sie zu Beginn des 4. Jahrhunderts ihren Frieden mit der Staatsmacht geschlossen hatte und es an die Wänderung heidnischer Tempel ging. Bei Licht besehen,

wurde durch alle revolutionären Drohungen gegen die Reichen am Gesellschaftszustand nichts geändert; das Vermögen ging nur aus der Hand des einen Ausbeutenden in die des anderen über. Die Kirche verstand es, ihre Gläubigen, denen sie zurief: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, auf taktförmige Weise auszubeuten. Die Armenpflege schaffte die Armut ebensowenig aus der Welt, wie sie imstande war, eine neue Produktionsweise ins Leben zu rufen.

Genau so windig wie mit der gekündigten Gleichheit und Brüderlichkeit sah es mit der Befreiung der Menschen vom Joch der Anarchie aus. Der in die Gemeinde aufgenommenen Christ bildete sich ein, frei zu sein von der Welt, die des Teufels war. Die Aufnahmezeremonie der Taufe bedeutete ein zweifaches: Tod und Auferstehung. Wer der Welt abstarb, erstand zu neuem Leben in der Gemeinschaft der Heiligen. Man versteht, daß die Kirche die Auferstehung des Fleisches lehren konnte. Eine Grenze gegen das jenseitige Leben war kaum vorhanden, da das Himmelreich, das Reich Gottes, schon neben dem Erdenleben einherging. Es war da, nur für gewöhnlich unsichtbar. Wer jedoch kein Keulung war, durfte alsbald einen Blick in das Heiligste und Allerheiligste des christlichen Mysteriums tun. In den dramatischen Darstellungen des Abendmahles öffnete sich vor den Augen der Gläubigen der Himmel, und Christus selbst in der Gestalt des höchsten Priesters, umgeben von weiß gekleideten und Palmenzweig tragenden Engeln stieg auf die Erde nieder, von den Menschen, die sich im Reigentanz unter die himmlischen Heerscharen mischten, mit Lobesgesängen begrüßt. Der wahre Christ gehörte bereits im Diesseits einer anderen Welt an; er war mit Geist und Körper seinem Bischof oder Abt unterworfen, mehr, als er je einem weltlichen Herrscher untertan war. Freiwillig küßte er die Rute, die ihn schlug.

Die Erscheinung des Auferstandenen bei der Feiertag sollte jedem Teilnehmer die Gemühter der eigenen Auferstehung seines Sieges über den Tod geben.

Im Himmel ging alles auf sozialistische Weise zu, nur daß es leider im Himmel war. In diesen Himmel kam der fromme Christ unter Abzug seines Körpers und lebte dort ewig wie die Kirche und vergnügtlich wie ihre Priester, die nicht säten und ernteten und vom himmlischen Vater doch ernährt wurden.

Der Proletarier der Gegenwart, der seine Klassenlage erkennt, verzichtet auf die Freuden des Jenseits. Wenn er in die harte Wirklichkeit schaut, drängt es ihn nicht zum Ausruhen im Schoße einer Kirche, sondern zum Handeln. Er weiß, daß mit Utopien nach Art des christlich-kommunistischen Gottesreiches kein Hund vom Ofen gelodt wird. Wenn er von „Auferstehung“ redet, so denkt er sie sich durchaus weltlicher und materieller Natur als den Sieg des arbeitenden Volkes in Stadt und Land, sowie als feste Verankerung des Sieges in den modernen Produktionsbedingungen und der steten Kampfbereitschaft seiner Klasse zur Verteidigung ihrer Erzeugnisse.

Das sind Proletariats Ostergedanken.

zuführen. Die Frage des Volksentscheides wird im Artikel 38 der Verfassung des Freistaates Sachsen behandelt. In diesem Artikel heißt es:

„Wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten der letzten Landtagswahl ein Gesetz oder die Auflösung des Landtages begehrt, so muß das Gesamtministerium den Volksentscheid herbeiführen.“

Bei der letzten Landtagswahl vom 5. November 1922 gab es in Sachsen 311 748 Stimmberechtigte. Zur Durchführung des Volksbegehrens sind ein Zehntel der Stimmberechtigten, also 31 174 Eintragungen notwendig. Bei der letzten Landtagswahl erreichten die KPD. und SPD. zusammen 1 327 111 Stimmen. Zum Volksbegehren für die Frührentenabhebung wurden in Sachsen 1 542 859 Eintragungen durchgeführt. Das sind fünfmal soviel als Stimmen für das Volksbegehren zum Volksentscheid für die Landtagsauflösung benötigt werden.

Die Durchführung des Volksentscheides regelt Artikel 38 der Verfassung:

„Zu einem Volksentscheid ist die Beteiligung der Hälfte der Stimmberechtigten und die Mehrheit der Abstimmenden erforderlich. Werden diese Mehrheiten nicht erreicht, so gilt die Frage als verneint.“

Da beim Volksentscheid für die Landtagsauflösung nicht über zwei Gesetze abzustimmen ist, sondern nur über eine Frage, so müssen sich für den Volksentscheid auf Landtagsauflösung die Hälfte der Stimmberechtigten, das sind 1 558 744 Wähler für die Landtagsauflösung erklären. Es sind also nur rund 14 000 Stimmen mehr, als allein für das Volksbegehren in Sachsen abgegeben wurden. Die Arbeiter sehen also, daß der Volksentscheid für die Landtagsauflösung durchaus zu schaffen ist. Voraussetzung für den Sieg ist natürlich das einheitliche Vorgehen von KPD., SPD. und ADGB, genau wie bei dem Volksbegehren zur Frührentenabhebung.

Die kommunistische Partei hat sich deshalb an die SPD. und den Bezirksausschuß des ADGB, gewandt mit dem Vor-

schlag zur Herbeiführung eines Volksbegehrens und Volksentscheides für die Landtagsauflösung in Sachsen.

Für die Herbeiführung eines Volksentscheides zur Landtagsauflösung ist vor allem auch folgender Gesichtspunkt wichtig: Die sächsische Reaktion plant eine Verlängerung der gesetzlichen Geltungsdauer des sächsischen Landtages. Sie verweisen dabei auf ähnliche Maßnahmen, wie sie während des Krieges unternommen wurden. In Anhalt hat die Regierung im Jahre 1923 einen ähnlichen Schritt gemacht und die Tagungsdauer des Anhaltischen Landtages ebenfalls um ein Jahr verlängert. Den Konterrevolutionären und Verrätern im sächsischen Landtag ist jede, auch diese Schandtat gegen das Proletariat zuzutrauen. Sie werden mit allen Mitteln versuchen, die Neuwahlen soweit wie möglich hinauszuschieben, um unter allen Umständen die reaktionäre Heldi-Regierung zu halten. Um von vornherein jeden Plan in dieser Richtung zu zerlegen, schlägt die KPD. der SPD. und den Gewerkschaften die gemeinsame Herbeiführung des Volksbegehrens für den Volksentscheid zur Auflösung des Landtages vor.

Die sächsische Arbeiterklasse und ihre Organisationen haben die Landtagsauflösung in der Hand, wenn sie mit der notwendigen Energie an die Sache herangehen. Mit Vermittlungen über den Verrat der Rechten und über die „Sünden“ der Heldi-Regierung kommt die Arbeiterklasse keinen Schritt weiter. Es muß gehandelt werden. In den Gewerkschaften und in den Betrieben müssen die Arbeiter zu dieser Frage sofort Stellung nehmen. Es gilt durch eine neue gemeinsame Aktion der Arbeiterklasse die proletarische Einheitsfront auszubauen und zu festigen. Der Gehalts der Einheitsfrontskämpfers, der bereits bei der Bewegung zur Frührentenabhebung Wurzel geschlagen hat, muß noch mehr in die Tat umgesetzt werden. Der gemeinsame Kampf für den Volksentscheid zur Landtagsauflösung wird die Arbeiterklasse einander in treuer Kampfbereitschaft noch näherbringen und die Voraussetzungen schaffen, für die wirksamen und energiegelassen Durchführung der Forderungen des sächsischen Proletariats.